

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Kapitel 1. Anbahnung und Begründung des Arbeitsverhältnisses	1
Kapitel 2. Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis	43
Kapitel 3. Teilzeit und Befristung	148
Kapitel 4. Besondere Personengruppen	168
Kapitel 5. Vergütungsfragen	196
Kapitel 6. Arbeitszeit	235
Kapitel 7. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	263
Kapitel 8. Freistellung von Arbeitnehmern	400
Kapitel 9. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit	406
Kapitel 10. Mitbestimmung	413
Kapitel 11. Kirchliches Arbeitsrecht	433
Sachverzeichnis	463

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Kapitel 1. Anbahnung und Begründung des Arbeitsverhältnisses	1
A. Bewerbungsverfahren	1
I. Stellenanzeige	1
II. Freistellung zur Bewerbung	2
III. Bewerbungsgespräch	2
1. Allgemeines	2
2. Grundsätze der Rechtsprechung zum Fragerecht des Arbeitgebers	3
3. Praxisrelevante Fragen und ihre Zulässigkeit	3
a) Bisheriges Arbeitseinkommen	3
b) Beruflicher Werdegang	4
c) Nebentätigkeit	4
d) Wettbewerbsverbot	4
e) Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft	4
f) Religionszugehörigkeit	4
g) Scientology-Mitgliedschaft	5
h) Wehr- und Ersatzdienst	5
i) Vorstrafen	5
j) Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis	5
k) Schwangerschaft	6
l) Bereitschaft zur Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch	6
m) Persönliche Lebensumstände/Lebensplanung	6
n) Sexuelle Identität bzw. Orientierung	7
o) Schwerbehinderung bzw. Behinderung	7
p) Gesundheitszustand	7
q) Alkohol- und/oder Drogenabhängigkeit	7
r) Alkohol- und/oder Drogenkonsum	8
s) Raucher oder Nichtraucher	8
4. Rechtsfolgen	8
a) Anfechtung des Arbeitsvertrages	8
b) Nichtigkeit	8
c) Keine Rückwirkung der Anfechtung	9
d) Anfechtungsfrist	9
e) Fristlose Kündigung	9
f) Schadensersatzansprüche des Arbeitgebers	10
g) Schadensersatzansprüche nach dem AGG	10
IV. Absageschreiben	10
V. Erstattung der Bewerbungskosten	10
VI. Einstellungsuntersuchungen von Bewerbern: Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	11
1. Problemstellung	11
2. Fragerecht nach dem Gesundheitszustand	12
3. Ärztliche Einstellungsuntersuchungen	12
a) Grenzen	12
b) Rechte des Arbeitnehmers	13
c) Welche Informationen erhält der Arbeitgeber?	13
d) Personalakte	13
4. Spezielle Tests	14
a) Gentest	14
b) Drogenscreening	14

B. Vertragsabschluss und -inhalt	14
I. Formerfordernisse	14
II. Bezugnahmeklauseln	15
1. Sinn und Zweck von Bezugnahmeklauseln	15
2. Zulässigkeit von Bezugnahmeklauseln	15
3. Rechtscharakter von Bezugnahmeklauseln	15
4. Erscheinungsformen von arbeitsvertraglichen Bezugnahmeklauseln	16
a) Statisch oder dynamisch?	16
b) Regelfall: Dynamische Klausel	16
5. Rechtsprechungsänderung zur Gleichstellungsabrede	17
6. Verbandsaustritt des Arbeitgebers und Schicksal von Bezugnahmeklauseln	18
III. AGB-Kontrolle	18
1. Begriff und Einbeziehung	18
2. Transparenzgebot und Unklarheitenregel	19
3. Überraschungsklauseln	20
4. Rechtsfolgen und geltungserhaltende Reduktion	20
IV. Einzelne Vertragsklauseln	21
1. Anrechnung von Zulagen	21
2. Ausschlussfristen	21
3. Befristung einzelner Arbeitsbedingungen, insbesondere Arbeitszeit	22
4. Bezugnahmeklauseln	22
a) Bezugnahme auf Tarifrecht	22
b) Bezugnahme auf kirchliche Regelwerke	23
5. Änderungsvorbehalte	24
a) Arbeitszeit und Abrufarbeit	24
b) Art der Tätigkeit	24
6. Versetzungsklausel	24
7. Freiwilligkeits- und Widerrufsvorbehalte	25
a) Definitionen	25
b) Freiwilligkeitsvorbehalt	25
c) Widerrufsvorbehalt	26
8. Dienstwagen	27
9. Freistellungsklauseln	27
10. Rückzahlungsklauseln (Ausbildungskosten)	28
11. Entwicklungsklauseln	29
12. Vertragsstrafen	29
C. Gestellungsvertrag	31
I. Allgemeines	31
II. Begriff und Abgrenzung	31
1. Gestellungsverträge	31
a) Rahmengesellungsverträge	31
b) Personalgestellungsverträge	32
2. Arbeitnehmerüberlassung	32
III. Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei der Personalgestaltung	34
1. Rahmengesellungsverträge	34
2. Personalgestellungsverträge	34
D. Probezeit	35
I. Begriff der Probezeit	35
II. Vertragsgestaltung	35
1. Vorgeschaltete Probezeit	35
2. Befristetes Probearbeitsverhältnis	36
III. Dauer der Probezeit und Verhältnis zum allgemeinen Kündigungsschutz	36
1. Wechselwirkung zum Kündigungsschutz!	36
2. Dauer der Probezeit	36
IV. Verkürzung und Verlängerung der Probezeit	37
1. Verkürzung	37

Inhaltsverzeichnis

2. Verlängerung	37
3. Unterbrechung der Probezeit wegen Krankheit	37
4. Probezeitverlängerung durch befristeten Aufhebungsvertrag?	38
V. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	39
1. Kündigung in der vorgeschalteten Probezeit	39
2. Betriebsratsanhörung stets erforderlich!	39
3. Sonderkündigungsschutz?	40
4. Befristetes Probearbeitsverhältnis	40
VI. Probezeit im Berufsausbildungsverhältnis	41
VII. Beteiligung des Betriebsrats/der Mitarbeitervertretung	41
1. Beteiligung bei Einstellungen	41
2. Betriebsratsanhörung nach § 102 BetrVG	41
Kapitel 2. Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis	43
A. Krankheit im Arbeitsverhältnis	43
I. Allgemeines	43
1. Einführung	43
2. Rechtsgrundlagen	43
3. Begriff der Arbeitsunfähigkeit	43
II. Pflichten des Arbeitnehmers im Falle der Arbeitsunfähigkeit	44
1. Anzeigepflicht	45
2. Nachweispflicht	45
a) Grundsatz	45
b) Exkurs: Bedeutung des ärztlichen Attests	46
c) Arbeitsunfähigkeit im Ausland bzw. Urlaub	47
aa) Besonderheiten bei der Anzeige- und Nachweispflicht	47
bb) Arbeitsunfähigkeit und Erholungsurlaub	47
3. Sonstige Pflichten des Arbeitnehmers während seiner Arbeitsunfähigkeit	47
4. Folgen einer Pflichtverletzung	48
a) Möglichkeit der verhaltensbedingten Kündigung	48
b) Vorenthalten der Entgeltfortzahlung	48
III. Pflichten des Arbeitgebers im Falle der Arbeitsunfähigkeit (Entgeltfortzahlung)	48
1. Voraussetzungen	48
a) Arbeitsausfall infolge Krankheit	48
b) Unverschuldete Arbeitsunfähigkeit	49
2. Beginn, Dauer und Ende des Anspruchs	50
a) Regelmäßige Dauer des Entgeltfortzahlungsanspruchs	50
b) Wartezeit für den Anspruch auf Entgeltfortzahlung	50
c) Mehrfache Arbeitsunfähigkeiten	50
IV. Verschiedene Arbeitsverhältnisse	51
V. Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	51
VI. Sonderfall: Wiedereingliederung nach dem Hamburger Modell	51
VII. Höhe des fortzuzahlenden Entgelts	52
B. Urlaubsfragen	53
I. Allgemeines	53
1. Einführung	53
2. Rechtsgrundlagen	53
II. Anspruch auf Erholungsurlaub	53
1. Voraussetzungen	53
a) Persönliche Voraussetzungen	53
b) Wartezeit	54
c) Urlaubsjahr	54
2. Umfang und Dauer des Urlaubsanspruchs	54
a) Berechnungsgrundsätze nach dem Bundesurlaubsgesetz	54
aa) Gesetzlicher Mindesturlaub	54
bb) Wartezeit	55

Inhaltsverzeichnis

b) Besondere Personengruppen	55
aa) Jugendliche	55
bb) Schwerbehinderte Menschen	56
3. Geltendmachung des Urlaubsanspruchs	56
a) Festlegung	56
b) Dem Urlaubswunsch entgegenstehende Gründe	56
4. Übertragung des Urlaubsanspruchs	57
5. Abgeltung des Urlaubs	59
C. Beschäftigungsverbote	60
I. Allgemeines	60
II. Folgen eines Beschäftigungsverbots	60
1. Verbot des Arbeitseinsatzes	60
2. Schadensersatz	61
3. Sonstige Folgen der Heranziehung zur Arbeitsleistung trotz Beschäftigungsverbot	61
III. Einzelne Beschäftigungsverbote	61
1. Schwangere und stillende Mütter	61
2. Kinder und Jugendliche	63
a) Geltungsbereich	63
b) Beschäftigungsverbote für Kinder	64
c) Beschäftigung von Jugendlichen	64
3. Gesundheitliche Beschäftigungsverbote	65
D. Elternzeit	65
I. Allgemeines	65
II. Ruhen des Arbeitsverhältnisses während der Elternzeit	66
1. Geltungsbereich	66
2. Umfang der Elternzeit	67
3. Inanspruchnahme der Elternzeit	68
a) Form des Antrags	68
b) Inhalt des Antrags	68
c) Frist für den Antrag	68
4. Folgen der Elternzeit	69
5. Veränderungen in der Elternzeit	70
III. Teilerwerbstätigkeit während der Elternzeit	70
1. Einvernehmliche Teilerwerbstätigkeit	71
a) Teilerwerbstätigkeit beim eigenen Arbeitgeber	71
b) Teilerwerbstätigkeit für einen Dritten	71
2. Teilerwerbstätigkeit gegen den Willen des Arbeitgebers	71
a) Antrag auf Verringerung und Verteilung der Arbeitszeit	72
b) Verhandlungsphase	73
c) Entscheidungsphase	73
d) Gerichtliche Auseinandersetzung	74
IV. Folgen der Elternzeit	74
1. Konsequenzen für das Arbeitsverhältnis	74
2. Auswirkungen auf den Erholungsurlaub	75
3. Sonderkündigungsschutz	75
4. Sonderkündigungsrecht	75
E. Pflegezeit	76
I. Definitionen	76
1. Begriff des Beschäftigten und des Arbeitgebers	76
2. Nahe Angehörige	76
3. Pflegebedürftigkeit und voraussichtliche Pflegebedürftigkeit	76
II. Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	77
1. Freistellungsanspruch ohne Zustimmung	77
2. Voraussetzungen des Freistellungsanspruchs	77
a) Pflegebedürftigkeit	77
b) Erforderlichkeit	77

Inhaltsverzeichnis

3. Anspruch auch in Kleinbetrieben	78
4. Anzeige und Nachweispflichten	78
a) Unverzügliche Mitteilung	78
b) Ärztliche Bescheinigung nur auf Verlangen	78
c) Sanktionen bei Verletzung der Anzeige- und Nachweispflicht?	78
5. Entgeltfortzahlungsansprüche für die Dauer der Verhinderung?	79
a) Kein Anspruch aus dem Pflegezeitgesetz	79
b) Anspruch auf Entgeltfortzahlung nach § 616 BGB	79
c) Anspruch aus sonstigen Vorschriften	79
III. Anspruch auf Pflegezeit	79
1. Voraussetzungen	79
2. Kein Anspruch in Kleinbetrieben	80
3. Nachweispflichten	80
4. Frist zur Ankündigung	80
5. Inhalt der Ankündigung	81
6. Teilzeitarbeit während der Pflegezeit	81
7. Kombination von kurzzeitiger Arbeitsverhinderung und Pflegezeit?	82
IV. Dauer der Pflegezeit	82
1. Höchstdauer	82
2. Pflege durch mehrere Angehörige?	82
3. Verlängerung der Pflegezeit	83
4. Vorzeitige Beendigung der Pflegezeit	83
V. Sonderkündigungsschutz	83
VI. Befristete Einstellung einer Ersatzkraft	84
F. Arbeitnehmerhaftung	84
I. Begriff der Arbeitnehmerhaftung	84
II. Haftung gegenüber Arbeitskollegen	85
1. Personenschäden	85
2. Sach- und Vermögensschäden	86
III. Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	86
1. Haftung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber	86
a) Personenschäden	86
b) Sach- und Vermögensschäden	87
aa) Haftungsmilderungen aufgrund Richterrechts	87
bb) Grundsätze des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	88
(1) Anknüpfungspunkt	88
(2) Schadensteilung nach dem Grad des Verschuldens	88
(3) Mitverschulden des Arbeitgebers	90
(4) Summenmäßige Begrenzung der Haftung	90
(5) Abdeckung der Schäden durch Versicherungen	91
(6) Schadensberechnung	91
cc) Anwendungsbereich des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	91
(1) Auszubildende	91
(2) Leitende Angestellte, insbesondere Chefärzte	91
(3) (Nur) wirtschaftlich abhängige Mitarbeiter	92
dd) Beweislast	92
ee) Realisierung des Schadensersatzanspruchs	93
2. Haftung des Arbeitnehmers gegenüber außenstehenden Dritten	93
IV. Gesondert normierte Haftungsregelungen	93
V. Zwingendes Arbeitnehmerschutzrecht	94
G. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	94
I. Einführung	94
1. Gesetzgebungsziel	94
2. Umsetzung europarechtlicher Vorgaben	94
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften	94
4. Historie	95
5. Praxisrelevanz	95

Inhaltsverzeichnis

II. Zeitlicher Anwendungsbereich	95
III. Sachlicher Anwendungsbereich	96
1. Vertragsanbahnung (Auswahl und Einstellung)	96
2. Durchführung des Arbeitsverhältnisses (beruflicher Aufstieg, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen)	96
3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Entlassungsbedingungen)	97
a) Anwendungsbereich	97
b) Problematik der Bereichsausnahme für Kündigungen	97
4. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	99
a) Betriebliche Altersversorgung	99
b) Nachwirkende Vereinbarungen und Maßnahmen	99
IV. Persönlicher Geltungsbereich	99
1. Arbeitnehmerseite	99
2. Arbeitgeberseite	101
V. Unzulässige Differenzierungsmerkmale	101
1. Allgemeines	101
2. Ausreichend: Motiv	101
3. Diskriminierungsmerkmale	102
a) Rasse oder ethnische Herkunft	102
b) Geschlecht	102
c) Religion oder Weltanschauung	102
d) Behinderung	103
e) Alter	103
f) Sexuelle Identität	103
g) Angehörige einer geschützten Gruppe	104
VI. Unzulässige Benachteiligungsformen	104
1. Unmittelbare Benachteiligung	104
2. Mittelbare Benachteiligung	104
3. Sexuelle Belästigung	105
4. Anweisung zur Benachteiligung	105
VII. Zulässige Ungleichbehandlung	105
1. Allgemeines	105
2. Einzelne Merkmale	105
a) Wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung	105
b) Religion oder Weltanschauung	106
c) Alter	108
aa) Generalklausel	108
bb) Regelbeispiele	109
(1) § 10 Satz 3 Nr. 1 AGG	109
(2) § 10 Satz 3 Nr. 2 AGG	110
(3) § 10 Satz 3 Nr. 3 AGG	110
(4) § 10 Satz 3 Nr. 4 AGG	110
(5) § 10 Satz 3 Nr. 5 AGG	110
(6) § 10 Satz 3 Nr. 6 AGG	111
(7) Fallgruppen in aufgehobenen Bestimmungen und ihre inhaltliche Fortgeltung	111
VIII. Positive Maßnahmen	113
IX. Arbeitgeberpflichten	114
1. Ausschreibung	114
2. Maßnahmen und Pflichten nach § 12 AGG	114
X. Rechte des Benachteiligten und andere Rechtsfolgen	115
1. Beschwerderecht	115
2. Leistungsverweigerungsrecht	115
3. Maßregelungsverbot	116
4. Unwirksamkeit benachteiligender Regelungen	116
XI. Entschädigung und Schadensersatz	116
1. Schadensersatz wegen Vermögensschaden	116

Inhaltsverzeichnis

2. Entschädigungsanspruch wegen immateriellen Schadens	117
3. Ausschlussfristen	117
4. Klagefrist und Klagebefugnis	118
XII. Anspruchskonkurrenz	118
XIII. Darlegungs- und Beweislast	119
H. Abmahnung	120
I. Begriff und Funktion	120
II. Rechtsgrundlage	121
III. Abmahnungsgegenstand	121
1. Pflichtenverstoß	121
2. Objektiver Pflichtenverstoß	121
3. Bagatelverstöße	122
4. Willentlich steuerbares Verhalten	122
IV. Abmahnung als Kündigungsvoraussetzung	122
1. Kündigungsrechtliche Bedeutung	122
2. Gleichartige Pflichtverletzungen	123
3. Abmahnungserfordernis	124
4. Art der Pflichtverletzung	124
5. Entbehrlichkeit der Abmahnung	125
a) Keine Aussicht auf Erfolg	125
b) Verhaltensänderung nur bei Kündigung	126
c) Vorweggenommene Abmahnung	126
V. Unwirksame Kündigung als Abmahnung	126
VI. Verzicht auf Kündigung	126
VII. Verlust der Warnfunktion	127
VIII. Verwirkung des Abmahnungsrechts	127
IX. Formelle Wirksamkeitsvoraussetzungen	128
1. Formfreiheit	128
2. Bezeichnung als Abmahnung	128
3. Inhaltliche Anforderungen	128
a) Genaue Wiedergabe des Fehlverhaltens	128
b) Hinweis auf Vertragspflicht und Rüge	129
c) Kündigungsandrohung	129
X. Abmahnungsberechtigung	129
XI. Keine Mitwirkung des Betriebsrats	129
XII. Anhörung des Arbeitnehmers	129
XIII. Zugang	130
XIV. Verwirkung	130
XV. Abmahnung von Mandatsträgern	131
XVI. Gegenrechte des Arbeitnehmers	131
1. Gegendarstellung	131
2. Beschwerderecht gegenüber dem Betriebsrat	131
3. Klage	131
a) Rechtswidrige Abmahnung	131
b) Kein Anspruch nach Ausscheiden	132
c) Überprüfung erst im Kündigungsschutzprozess	132
d) Darlegungs- und Beweislast	133
e) Streitwert	133
f) Anwaltliche Gebühren	133
XVII. Ausschlussfristen	133
XVIII. Muster	133
I. Mobbing	134
I. Das Phänomen Mobbing	134
II. Begriff	135
1. Systematische und fortgesetzte Verletzungshandlung	135
a) Prozesshaftigkeit der Mobbing-Handlung	135
b) Ausschlussfristen	136

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtsgutverletzung	137
3. Täter-Opfer-Konstellation	138
4. Gesetzliche Definition von Mobbing im AGG	139
III. Rechtliche Instrumentarien	140
1. Haftung des Arbeitgebers für Mobbing	140
a) Vertragliche Haftung	140
aa) Haftung für eigenes Verschulden	140
bb) Haftung für Erfüllungsgehilfen	140
b) Deliktische Haftung	141
aa) Haftung für eigenes Verschulden	141
(1) Interventionsverschulden	141
(2) Organisationsverschulden	142
bb) Haftung für fremdes Verschulden	142
c) Darlegungs- und Beweislast	142
d) Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld	143
aa) Gesundheitsschäden	143
bb) Persönlichkeitsverletzung	144
e) Anspruch auf arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen den Mobbing-Täter ...	144
2. Haftung des mobbenden Kollegen oder Vorgesetzten	145
3. Beschwerderecht des Mobbing-Opfers	145
4. Zurückbehaltungsrecht des Mobbing-Opfers	146
5. Eigenkündigung des Mobbing-Opfers	146
6. Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	146
7. Präventivmaßnahmen durch den Arbeitgeber	147
Kapitel 3. Teilzeit und Befristung	148
A. Teilzeit	148
I. Allgemeines	148
1. Einführung	148
2. Rechtsgrundlagen	148
II. Inhalt von Teilzeitarbeitsverhältnissen	148
1. Begriff	148
2. Pflichten des Arbeitgebers gegenüber Teilzeitbeschäftigten	149
a) Diskriminierungsverbot	149
b) Förderung von Teilzeitarbeitskräften	150
3. Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit	151
a) Antrag auf Verringerung und Verteilung der Arbeitszeit	152
b) Verhandlungsphase	153
c) Entscheidungsphase	153
d) Gerichtliche Auseinandersetzung	155
4. Verlängerung der Arbeitszeit	155
B. Befristung	156
I. Allgemeines	156
1. Einführung	156
2. Rechtsgrundlagen	156
II. Befristung von Arbeitsverhältnissen	157
1. Begriffe	157
a) Zeit- und Zweckbefristungen	157
b) Auflösend bedingte Arbeitsverhältnisse	157
2. Befristungsabrede	158
a) Formerfordernis	158
b) Vereinbarung über das Recht zur ordentlichen Kündigung	159
c) Besondere Anforderungen durch die Inhaltskontrolle nach §§ 305 ff. BGB ...	160
3. Befristungsgründe	160
a) Befristung mit Sachgrund	160
aa) Befristung zur Vertretung	161
bb) Probearbeitsverhältnis	162

Inhaltsverzeichnis

b) Befristung ohne Sachgrund	162
c) Befristung mit älteren Arbeitnehmern	163
d) Sonderfall: Befristung von Arbeitsverhältnissen mit Ärzten in der Weiterbildung	164
e) Sonderfall: Befristung von Arbeitsverhältnissen mit Ärzten an Universitäten und Unikliniken	165
4. Folgen einer unwirksamen Befristung	166
III. Befristung einzelner Arbeitsbedingungen	166
Kapitel 4. Besondere Personengruppen	168
A. Der Chefarzt	168
I. Begriff	168
II. Stellung im Arbeitsrecht	169
1. Arbeitnehmereigenschaft	169
2. Der Chefarzt als „leitender Angestellter“ im Sinne des Arbeitsrechts	169
a) Definition nach dem Kündigungsschutzgesetz	170
b) Definition nach dem Betriebsverfassungsgesetz	170
aa) Berechtigung zur selbständigen Einstellung und Entlassung	170
bb) Generalvollmacht oder Prokura	171
cc) Wahrnehmung sonstiger besonderer Aufgaben	171
dd) Fazit	172
III. Der Chefarztvertrag	172
1. Abschluss	172
2. Wichtige Verhandlungsgegenstände	173
3. Muster und Vorlagen	173
4. Befristung	173
5. Kündigung	174
6. Der kooperative Chefarztvertrag	175
IV. Spezielle Themen	176
1. Vergütung	176
a) Grundvergütung	176
b) Liquidationsrecht (Erlöse aus Nebentätigkeit)	177
aa) Definition	177
bb) Vergütungscharakter	177
cc) Gegenstand des Liquidationsrechts	178
dd) Änderungen des Liquidationsrechts	178
(1) Entwicklungsklausel	178
(2) Widerrufsklausel	179
(3) Änderungskündigung	179
(4) Wegfall der Geschäftsgrundlage	179
ee) Steuerrechtliche Gesichtspunkte	180
(1) Einkommensteuer	180
(2) Umsatzsteuer	181
c) Beteiligungsvergütung	181
d) Weitere variable Vergütungsbestandteile/Zielvereinbarung	183
aa) Mögliche Leistungsziele	183
bb) Weitere Inhalte der Zielvereinbarung	184
e) Tarifbindung	184
2. Dienstaufgaben/Nebentätigkeitserlaubnis	185
3. Wirtschaftlichkeitsgebot	186
4. Mitarbeiterbeteiligung	186
a) Grundlagen und Regelungsebenen	187
aa) Krankenhausrechtliche Vorschriften	187
bb) Standesrechtliche Vorschriften	187
b) Anspruch des Mitarbeiters auf Beteiligung	188
c) Mitarbeiterbeteiligung an der Beteiligungsvergütung?	188
5. Entwicklungsklausel	189

Inhaltsverzeichnis

a) Inhaltskontrolle	189
b) Ausübungskontrolle	190
B. Sonstige Personengruppen	191
I. Oberärzte	191
II. (Assistenz-)Ärzte in Weiterbildung	191
C. Ärzte im Krankenhaus – Medizinische Versorgungszentren	192
I. Einführung	192
II. Sozialrechtliche Grundlagen	192
III. Krankenhaus-MVZ als unselbständige Einrichtung	193
IV. Rechtlich eigenständiges Krankenhaus-MVZ	194
D. Vertragsärzte im Krankenhaus	194
I. Konsiliarärzte/Honorarärzte	194
II. Belegärzte	195
III. Anstellung von Vertragsärzten in Hauptabteilungen	195
Kapitel 5. Vergütungsfragen	196
A. Eingruppierung	196
I. Begriff	196
II. Tarifvertragliche Vergütungsordnungen und kirchliche Arbeitsvertragsregelungen ..	196
1. Tarifvertragliche Vergütungssysteme	196
a) Grundsatz der Tarifbindung	196
b) BAT/BAT-O und Nachfolgetarifverträge	196
c) Einzelvertragliche Inbezugnahme	197
aa) Inbezugnahme von Nachfolgetarifverträgen	198
bb) Auseinanderfallen der Tarifeinheit im öffentlichen Dienst	198
cc) Überleitung eines Chefarztgehaltes auf den TV-Ärzte/VKA	199
2. Kirchliche Arbeitsvertragsregelungen	200
III. Auszuübende Tätigkeit	201
IV. Eingruppierungsklage	201
V. Korrektur fehlerhafter Eingruppierungen	202
VI. Eingruppierung von Ärzten	203
1. Tarifverträge	203
a) BAT	203
b) Neue Tarifverträge im Krankenhausbereich	204
aa) TVöD-K	204
bb) TV-Ärzte/VKA	205
cc) TV-L	206
dd) TV-Ärzte/Länder	206
ee) TV-Ärzte-KF	207
ff) Arbeitsvertragsrichtlinien der Caritas	207
gg) Weitere Tarifverträge des Marburger Bundes	208
2. Problemkreise	209
a) Der Begriff „Arzt“	209
aa) Arzt und Facharzt – Begriffe des ärztlichen Berufsrechts	209
bb) Approbierte Psychotherapeuten	209
cc) Erwerb der Approbation in der ehemaligen DDR	210
dd) „Ärztliche Tätigkeit“	210
ee) „Facharzt mit entsprechender Tätigkeit“	210
b) Vergütungsrechtliche Berücksichtigung von Tätigkeitszeiten als „Arzt im Praktikum“	211
aa) Ausgangslage	211
bb) Rechtsprechung zum BAT	211
cc) Rechtslage nach neuem Tarifrecht	212
c) Eingruppierung von Oberärzten	213
aa) „Titularoberarzt“ und „Tarifoberarzt“	213

Inhaltsverzeichnis

bb) Maßgebliche tarifliche Bestimmungen	213
(1) § 12 TV-Ärzte/Länder und § 12 TV-L i. V.m. §§ 3, 4 TVÜ-Länder Anlage 2 Teil C	213
(2) § 16 TV-Ärzte/VKA	213
cc) Voraussetzungen für die Eingruppierung von Oberärzten	214
(1) Arzt	214
(2) Medizinische Verantwortung	214
(3) (Selbständiger) Teil- oder Funktionsbereich	215
(4) Aufgabenübertragung	216
(5) Spezialfunktion	217
d) „Ständiger Vertreter des leitenden Arztes“	217
VII. Eingruppierung von nichtärztlichem Personal im Pflegedienst	217
1. Einleitung	218
2. Anlage 1b Vergütungsordnung für Angestellte im Pflegedienst zum BAT/ BAT-O	218
a) Vorbemerkung	218
b) Berufsgruppen	219
aa) Pflegehelferin ohne Ausbildung	219
bb) Pflegehelferinnen nach mindestens einjähriger Ausbildung und verwal- tungseigener Prüfung	219
cc) Wochenpflegerinnen	219
dd) Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern	219
ee) Krankenpflegehelferinnen	220
ff) Hebammen	220
gg) Krankenschwestern, die einer Einheit für Intensivmedizin vorstehen	221
hh) Stationsschwestern	221
ii) Leitende Krankenschwestern	222
c) Weitere Tätigkeitsmerkmale	222
aa) Fachweiterbildungsregelungen	222
bb) Ständige Vertretung	222
cc) Ausdrückliche Anordnung	223
dd) Ständige Unterstellung	223
B. Zielvereinbarung	223
I. Allgemeines	223
II. Ausgestaltung einer Zielvereinbarung	223
1. Rahmenvereinbarung	224
a) Höhe des Zielerreichungsbonus	224
b) Verfahren der Zielvereinbarung	225
c) Zielperiode	226
d) Ermittlung der Zielerreichung	226
e) Sonstige Abreden	226
aa) Widerrufsvorbehalt	226
bb) Freiwilligkeitsvorbehalt	227
cc) Befristung	227
dd) Nichterbringung der Arbeitsleistung	227
ee) Mindestzielerreichung	228
2. Ziele	228
a) Inhalt des Zielpapiers	228
b) Veränderung der Umstände	230
III. Mitbestimmung des Betriebsrats	231
IV. Muster	232
1. Rahmenvereinbarung	232
2. Zielvereinbarung	233
Kapitel 6. Arbeitszeit	235
A. Einführung	235
B. Rechtsgrundlagen	235

C. Höchstdauer der Arbeitszeit	236
I. Grundlagen des Arbeitszeitgesetzes	236
1. Regelungsinhalt	236
2. Geltungsbereich	236
II. Arbeitszeit – Begriff und Abgrenzung	237
1. Bereitschaftsdienst	238
2. Arbeitsbereitschaft („Bereitschaftszeit“)	239
3. Rufbereitschaft („Hintergrunddienst“)	240
4. Vergütung von Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst	241
III. Höchstdauer der Arbeitszeit	241
1. Grundregelung	241
2. Abweichende kollektivvertragliche Regelungen	242
a) Abweichung mit Zeitausgleich	242
aa) Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst	242
bb) Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen	243
b) Abweichungen ohne Zeitausgleich	244
c) Übernahme tarifvertraglicher Abweichungen	246
3. Überblick: Tarifvertragliche Umsetzung	247
a) TVöD-K	247
b) TV-Ärzte/VKA	249
D. Ruhezeiten und Pausen	250
I. Ruhezeiten	251
1. Grundsatz und Begriff	251
2. Besonderheiten im Krankenhaus	251
a) Gesetzliche Verkürzung	251
b) Kollektivvertragliche Verkürzung	252
II. Ruhepausen	252
1. Gesetzliche Regelung und Begriff	252
2. Vergütung	253
3. Kollektivvertragliche Abweichungen	253
E. Zeitliche Lage der Arbeitszeit – Nacht- und Schichtarbeit	253
I. Grundsätze	253
II. Begriffe	254
III. Dauer der Nachtarbeit	255
IV. Arbeitsmedizinische Untersuchung	255
V. Umsetzungsanspruch	255
VI. Ausgleichsregelungen	256
VII. Gleichbehandlung	257
F. Sonn- und Feiertagsruhe	257
I. Grundsätze des Arbeitszeitgesetzes	257
II. Ausnahmeregelungen	257
III. Ausgleichserfordernisse	258
IV. Abweichende tarifliche Regelungen	258
G. Arbeitszeitschutz besonderer Personengruppen	259
I. Mutterschutzgesetz	259
1. Stillpausen	260
2. Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit	260
II. Jugendarbeitsschutzgesetz	260
III. Schwerbehinderte	261
H. Aushang- und Nachweispflichten	261
Kapitel 7. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	263
A. Kündigung	263
I. Einleitung	263
II. Grundsätze	263

Inhaltsverzeichnis

1. Schriftform	264
2. Kündigungsberechtigter	265
3. Vertretung	265
4. Zurückweisung der Kündigung	266
5. Inhalt der Kündigung	268
a) Eindeutigkeit	268
b) Angabe des Kündigungsgrundes	269
c) Hinweispflichten des Arbeitgebers	269
6. Zugang der Kündigung	270
a) Zugang unter Anwesenden	270
b) Zugang unter Abwesenden	271
c) Darlegungs- und Beweislast vor dem Arbeitsgericht	272
7. Kündigungsfristen	273
a) Gesetzliche Kündigungsfrist	273
aa) Grundregel des § 622 BGB	273
bb) Verlängerte Kündigungsfristen	273
cc) Verkürzte Kündigungsfristen	275
(1) Probezeit	275
(2) Vorübergehende Aushilfe	275
b) Gesetzliche Sonderregelungen	275
c) Tarifliche Kündigungsfristen	276
d) Vertragliche Kündigungsfristen	276
e) Fristberechnung	276
B. Kündigungsschutz	277
I. Systematischer Überblick	277
1. Das Kündigungsschutzgesetz	277
2. Soziale Rechtfertigung einer Kündigung	277
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip	279
4. Prognoseprinzip	280
5. Interessenabwägung	281
II. Wartezeit und Schwellenwert	281
III. Sonderfall: Massentlassung	284
C. Ordentliche Kündigung	286
I. Verhaltensbedingte Kündigung	286
1. Allgemeines	286
2. Prüfungsübersicht	287
3. Voraussetzungen einer verhaltensbedingten Kündigung im Einzelnen	288
a) Vertragspflichtverletzung	288
b) Betriebliche Auswirkung	288
c) Abmahnung, Negativprognose	289
d) Die Kündigung als letztes Mittel	289
e) Interessenabwägung	290
4. Beurteilungsmaßstab	290
5. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Abmahnung	291
6. Einzelfälle	291
a) Arbeitsverweigerung, Arbeitsversäumnis	291
b) Schlecht- und Minderleistungen	292
c) Nebenpflichtverletzung	293
d) Loyalitätspflichten im kirchlichen Bereich	293
II. Personenbedingte Kündigung	295
1. Allgemeines	295
2. Prüfungsübersicht	296
3. Voraussetzungen einer personenbedingten Kündigung im Einzelnen	296
a) Fehlende oder unzureichende Arbeitsfähigkeit, mangelnde persönliche oder fachliche Eignung	296
b) Erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher oder wirtschaftlicher Interessen ...	297
c) Interessenabwägung	298

Inhaltsverzeichnis

d) Hauptanwendungsfall: krankheitsbedingte Kündigung	298
aa) Betriebliches Eingliederungsmanagement	299
bb) Dauernde Leistungsunfähigkeit	301
cc) Langzeiterkrankung	302
dd) Häufige Kurzerkrankungen	302
ee) Krankheitsbedingte Leistungsminderung	303
ff) HIV- oder Hepatitis-Infektion als Kündigungsgrund	304
III. Betriebsbedingte Kündigung	306
1. Allgemeines	306
2. Prüfungsübersicht	306
3. Voraussetzungen einer betriebsbedingten Kündigung im Einzelnen	307
a) Ursache: Betriebliche Erfordernisse und Unternehmerentscheidung	307
b) Missbrauchskontrolle	309
c) Wegfall des Beschäftigungsbedarfs	311
d) Dringlichkeit – anderweitige Beschäftigungsmöglichkeiten	313
e) Vorrang der Änderungskündigung	315
f) Beurteilungszeitpunkt	316
4. Sozialauswahl	317
a) Allgemeines	317
b) Vergleichbarkeit von Arbeitnehmern	317
c) Sonderkündigungsschutz und Sozialauswahl	319
d) Auswahlkriterien	320
e) Abwägung der gesetzlichen Merkmale	322
f) Sozialauswahl aufgrund Auswahlrichtlinie	322
g) Sozialauswahl und Interessenausgleich	323
h) Mitteilungspflicht des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer	324
i) Berechtigte betriebliche Interessen – Ausnahmeregelung	325
D. Spezielle Kündigungen	326
I. Außerordentliche (fristlose) Kündigung	326
1. Allgemeines	326
2. Ausschlussfrist	327
3. Prüfungsschema	328
4. Wichtiger Grund	328
a) Betriebsbedingte Gründe	329
b) Personenbedingte Gründe	329
c) Verhaltensbedingte Gründe	330
II. Änderungskündigung	330
1. Allgemeines	330
2. Kündigung und Änderungsangebot	331
3. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitnehmers	331
4. Prüfungssystematik	332
5. Einzelfälle	334
a) Rentabilitätsinteresse	334
b) Modifikation des Arbeitsbereichs	334
c) Betriebsbedingte Kündigung mit Abfindungsangebot	335
III. Verdachtskündigung	336
IV. Drückkündigung	337
E. Sonderkündigungsschutz	338
I. Schwangere und Mütter	338
II. Arbeitnehmer in Elternzeit	340
III. Auszubildende	341
IV. Arbeitnehmer im Grundwehr- und zivilen Ersatzdienst	342
V. Mandatsträger	343
1. Betriebsverfassungsrecht	343
2. Kirchliches Arbeitsrecht	344
VI. Schwerbehinderte Mitarbeiter	345

Inhaltsverzeichnis

1. Zustimmung des Integrationsamtes vor Kündigung	345
2. Fehlender Nachweis der Schwerbehinderung	347
3. Beteiligung des Betriebsrats	348
F. Kündigungsschutzprozess	348
I. Grundlagen	348
II. Klagefrist	350
1. Allgemeines	350
2. Fristberechnung	350
3. Zulassung verspäteter Klagen	351
III. Auflösungsantrag mit Abfindung bei sozialwidriger Kündigung	351
1. Allgemeines	351
2. Voraussetzungen im Einzelnen	352
3. Leitende Angestellte	353
IV. Kostenbeispiele von Arbeitsgerichtsprozessen	354
1. Arbeitsgerichtsprozess in der ersten Instanz	354
a) Beendigung durch Urteil mit einem Anwalt und einem Zeugen	354
b) Beendigung durch Vergleich mit einem Anwalt	355
2. Arbeitsgerichtsprozess in der zweiten Instanz	356
a) Beendigung durch Urteil mit zwei Anwälten	356
b) Beendigung durch Vergleich mit zwei Anwälten	357
G. Aufhebungsvertrag	357
I. Begriff	357
II. Abgrenzung zu anderen Beendigungstatbeständen	358
1. Befristeter Arbeitsvertrag	358
2. Nachträgliche Befristung eines unbefristeten Arbeitsvertrages	358
3. Abwicklungsvertrag	359
III. Aufhebungsvertrag und Betriebsübergang	360
IV. Abschluss des Aufhebungsvertrages	360
1. Geltung allgemeiner Regeln	360
2. Schriftformerfordernis	360
a) Gesetzlicher Formzwang	360
b) Einzelne Anforderungen	361
aa) Eigenhändigkeit der Unterschrift	361
bb) Eine Urkunde und die Vereinbarung abschließende Unterschriften	361
cc) Mehrseitige Vereinbarung	361
dd) Formerfordernis für den Aufhebungsvertrag in seiner Gesamtheit	362
ee) Formwirksame Aufhebung durch Abschluss eines Anstellungsvertrages zum Vertretungsorgan	362
ff) Ersatz der Schriftform	363
gg) Wirksamkeit formfreier Aufhebungsvereinbarungen nach den Grundsätzen von Treu und Glauben	363
3. Inhalt	363
a) Genau bestimmter Beendigungszeitpunkt	363
b) Ordnungsgemäße Abwicklung	363
c) Abfindung	364
d) Zeugnis	364
e) Ausgleichsklausel	364
4. Aufhebungsvertrag mit einem Minderjährigen	365
5. Personalgespräch zum Abschluss eines Aufhebungsvertrages	365
V. Wirkungen des Aufhebungsvertrages	366
VI. Sozialrechtliche Folgen des Aufhebungsvertrages	366
1. Sperrzeit	366
2. Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs	367
3. Aufklärungspflichten des Arbeitgebers	367
VII. Beseitigung des Aufhebungsvertrages	368
1. Widerruf	368

Inhaltsverzeichnis

2. Anfechtung	368
3. Wegfall der Geschäftsgrundlage	370
VIII. Muster	370
H. Zeugnis	371
I. Gesetzlicher Anspruch auf Erteilung eines Zeugnisses	371
1. Zeugnisanspruch von Arbeitnehmern	371
2. Zeugnisanspruch von Dienstnehmern	372
3. Zeugnisanspruch von Auszubildenden	373
II. Schuldner des Zeugnisanspruchs	373
III. Zeugnisarten	374
1. Einfaches und qualifiziertes Zeugnis	374
2. Zwischen- und Schlusszeugnis	375
IV. Ort der Zeugniserteilung	376
V. Verzicht des Arbeitnehmers auf ein Zeugnis	376
VI. Ausschlussfrist	376
VII. Verjährung	377
VIII. Verwirkung	377
IX. Widerruf von Zeugnissen	378
X. Form des Zeugnisses	378
1. Schriftform	378
2. Personelle Angaben	379
3. Weitere formelle Ausgestaltung	379
4. Unterschrift	379
5. Ausstellungsdatum	380
6. Zeugnisklarheit und Verbot von Geheimzeichen	380
XI. Inhalt des Zeugnisses	381
1. Beschäftigungszeitraum	381
2. Angabe des Ausstellers	382
3. Tätigkeitsbeschreibung	382
4. Leistungsbewertung	382
5. Bewertung des Verhaltens	383
6. Krankheiten	384
7. Mitgliedschaft im Betriebsrat/Personalrat oder in einer Gewerkschaft	384
8. Art des Ausscheidens	384
9. Schlussformel	385
10. Checkliste	385
XII. Gerichtliche Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	385
XIII. Schadensersatz	387
XIV. Muster (qualifiziertes, sehr gutes Zeugnis).....	387
I. Outsourcing und Betriebsübergang	388
I. Allgemeines	388
1. Einführung	388
2. Rechtsgrundlagen	389
II. Voraussetzungen eines Betriebsübergangs	389
1. Begriff des Betriebs bzw. Betriebsteils	389
2. Inhaberwechsel	391
3. Rechtsgeschäftlicher Übergang	392
III. Zeitpunkt des Betriebsübergangs	392
IV. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs	392
1. Arbeitgeberwechsel	392
2. Fortgeltung der bisherigen Arbeitsbedingungen	393
3. Kündigungsschutz	394
4. Vertragsänderungen nach Betriebsübergang	394
5. Aufhebungsverträge und Betriebsübergang	395
V. Informationspflichten beim Betriebsübergang	395
1. Inhalt der Informationspflicht	395

Inhaltsverzeichnis

2. Form der Information	396
3. Folgen der Information	396
VI. Exkurs: Betriebsänderung nach §§ 111 ff. BetrVG	397
1. Begriff der Betriebsänderung	397
2. Interessenausgleich	398
3. Sozialplan	398
4. Einigungsstelle	399
Kapitel 8. Freistellung von Arbeitnehmern	400
A. Allgemeines	400
B. Freistellungsanspruch des Arbeitnehmers	400
I. Gesetzlicher Anspruch auf bezahlte Freistellung	400
1. Bildungsurlaub	400
2. Vorübergehende Freistellung aus persönlichem Anlass	401
II. Anspruch auf unbezahlte Freistellung	402
C. Freistellungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	403
D. Folgen einer Freistellung für den Arbeitnehmer	403
I. Anrechnung anderweitigen Einkommens	403
II. Anrechnung von Urlaub	404
III. Wettbewerbsverbot	404
IV. Sozialversicherungsrechtliche Folgen	405
Kapitel 9. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit	406
A. Einführung	406
I. Gegenstand	406
II. Rechtsgrundlagen	406
B. Das Arbeitsschutzgesetz	407
I. Begriffe und Einführung	407
II. Pflichten des Arbeitgebers nach dem Arbeitsschutzgesetz	408
III. Übertragung von Arbeitgeberpflichten	410
IV. Pflichten der Arbeitnehmer	410
C. Durchführung und Organisation des Arbeitsschutzes	411
D. Länderspezifische Informationen	411
Kapitel 10. Mitbestimmung	413
A. Allgemeines	413
I. Einführung	413
II. Rechtsgrundlagen	413
B. Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz	413
I. Begriffe	413
1. Begriff des Betriebs	414
2. Begriff des Arbeitnehmers	414
a) Vom Betriebsverfassungsgesetz erfasste Arbeitnehmer	414
b) Vom Betriebsverfassungsgesetz nicht erfasste Arbeitnehmer	414
II. Mitbestimmung des Betriebsrats in personellen Angelegenheiten	416
1. Mitbestimmung bei der Einstellung, Versetzung, Um- und Eingruppierung	416
a) Voraussetzung des Beteiligungsrechts	416
b) Gegenstand des Beteiligungsrechts	416
aa) Einstellungen	416
(1) Beschäftigung eines Arbeitnehmers	417
(2) Beschäftigung von Mitarbeitern zur Berufsausbildung	417
(3) Veränderungen des Arbeitszeitvolumens	417
(4) Einsatz von Leiharbeitnehmern	418
(5) Einsatz von Mitarbeitern aufgrund von Personalgestellung	418

Inhaltsverzeichnis

(6) Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages	418
(7) Versetzung in einen anderen Betrieb	418
bb) Versetzungen	419
cc) Eingruppierungen/Umgruppierungen	420
c) Inhalt des Beteiligungsrechts	420
aa) Einstellungen	420
bb) Versetzungen	421
cc) Eingruppierungen	421
dd) Umgruppierungen	421
d) Zeitpunkt der Beteiligung	421
e) Entscheidung des Betriebsrats	421
aa) Verstoß gegen Gesetz, Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Unfallver- hütungsvorschrift	422
bb) Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie	422
cc) Besorgnis der Benachteiligung anderer Arbeitnehmer des Betriebs	422
dd) Benachteiligung des von der personellen Maßnahme betroffenen Arbeit- nehmers	423
ee) Fehlende Ausschreibung im Betrieb	423
ff) Gefahr für den Betriebsfrieden	423
f) Zustimmungseretzungsverfahren	423
2. Mitbestimmung bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen	424
a) Gegenstand des Beteiligungsrechts	424
b) Inhalt des Beteiligungsrechts	424
aa) Zeitpunkt der Anhörung	424
bb) Form der Anhörung	425
cc) Inhalt der Anhörung	425
dd) Nachträgliche Anhörung	427
c) Verfahren der Anhörung	427
d) Widerspruch des Betriebsrats	428
e) Mitteilung der Stellungnahme des Betriebsrats mit der Kündigung	428
III. Mitbestimmung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten	429
1. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage	429
a) Begriff der Arbeitszeit	429
b) Umfang des Mitbestimmungsrechts	430
2. Vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit	430
3. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung	431
IV. Mitbestimmung des Betriebsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten	431
Kapitel 11. Kirchliches Arbeitsrecht	433
A. Einführung	433
B. Geltungsbereich des kirchlichen Arbeitsrechts	434
I. Verfasste Kirche und mit ihr institutionell verbundene Einrichtungen	434
II. Rechtlich verselbständigte Einrichtungen	435
1. Erfüllung eines Auftrages der Kirche	435
2. Mindestmaß an Einflussmöglichkeiten der Amtskirche auf die Einrichtung	436
III. Kooperationen von Partnern aus verschiedenen kirchlichen Bereichen	437
IV. Strukturveränderungen bei einer privatrechtlich verselbständigten Einrichtung	437
C. Besonderheiten im Individualarbeitsrecht	438
I. Leitbild einer kirchlichen Dienstgemeinschaft	438
II. Dienstplichten und Loyalitätsobliegenheiten	439
1. Dienstplicht	439
2. Loyalitätsobliegenheiten	439
a) Katholische Kirche	440
b) Evangelische Kirche	440
III. Begründung des Arbeitsverhältnisses	441
1. Vertragsschluss	441

Inhaltsverzeichnis

2. Fragerecht im Bewerbungsgespräch	441
a) Allgemeine Grundsätze	441
b) Besonderheiten im kirchlichen Arbeitsrecht	441
3. Weitere Besonderheiten bei der Begründung kirchlicher Arbeitsverhältnisse	443
IV. Kündigung und Kündigungsschutz	443
1. Zweistufige Prüfung bei Loyalitätsverstößen	443
2. Ordentliche Kündigung	445
a) Betrieblicher Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes	445
b) Sachliche Rechtfertigung der Kündigung nach § 1 KSchG	445
aa) Betriebsbedingte Kündigung	445
bb) Verhaltens- und personenbedingte Kündigung	445
cc) Kündigungsrelevante Loyalitätsverstöße	446
dd) Interessenabwägung	447
3. Außerordentliche Kündigung	448
D. Der „Dritte Weg“ – Gestaltung der Arbeitsvertragsbedingungen	448
I. „Dritter Weg“	449
II. Rechtsnormqualität kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen	449
III. Inhaltskontrolle	450
IV. Ausgestaltung des „Dritten Weges“	451
V. Kircheneigene Rechtskontrolle	452
E. Mitarbeitervertretungsrecht der Kirchen	452
I. Grundsätze	452
II. Abgrenzung Bereichsausnahme – Tendenzschutz	453
III. Mitbestimmungsordnung und Betriebsübergang	453
IV. Überblick über das Mitarbeitervertretungsgesetz	453
1. Weitgehende Angleichung des Mitarbeitervertretungsrechts in den evangelischen Kirchen und der Diakonie	453
2. Dienststelle als Anknüpfungspunkt	454
3. Persönliche Rechtsstellung der Mitarbeitervertretungsmitglieder	455
4. Mitwirkungsrechte der Mitarbeitervertretung	455
a) Uneingeschränkte Mitbestimmung	455
b) Eingeschränkte Mitbestimmung	456
c) Mitberatung	456
d) Initiativrecht	457
e) Dienstvereinbarungen	457
V. Überblick über die Mitarbeitervertretungsordnung	457
1. Kirchengesetzliche Fundierung der Mitarbeitervertretungsordnung (Rahmen-MAVO)	457
2. Einrichtung als Anknüpfungspunkt	458
3. Erfasster Personenkreis	458
4. Persönliche Rechtsstellung der Mitarbeitervertretungsmitglieder	459
5. Mitwirkungsrechte der Mitarbeitervertretung	459
a) Anhörung und Beratung	459
b) Vorschlagsrecht	460
c) Zustimmungspflicht	460
d) Antragsrecht	460
e) Dienstvereinbarungen	460
VI. Streitigkeiten im Bereich der Mitarbeitervertretung	461
F. Europarecht und kirchliches Arbeitsrecht	461
I. Europarechtliche Beschränkungen des Kirchenrechts	461
II. Europarechtskonforme Auslegung	462
Sachverzeichnis	463